



# Verwaltungsstandpunkt-Nr. VII-A-08308-VSP-01

Status: öffentlich

Eingereicht von:  
Dezernat Allgemeine Verwaltung

Stammbaum:  
VII-A-08308 Fraktion Freibeuter  
VII-A-08308-VSP-01 Dezernat Allgemeine Verwaltung

Betreff:  
Transparenzsetzung für Leipzig

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):  
Gremium

- DB OBM - Vorabstimmung
- Dienstberatung des Oberbürgermeisters
- FA Allgemeine Verwaltung
- Verwaltungsausschuss
- Ratsversammlung

Voraussichtlicher  
Sitzungstermin

- 23.05.2023
- 31.05.2023
- 14.06.2023

Zuständigkeit

- Bestätigung
- Bestätigung
- Vorberatung
- Vorberatung
- Beschlussfassung

## Rechtliche Konsequenzen

Der gemäß Antrag gefasste Beschluss wäre

<input checked="" type="checkbox"/>	Rechtswidrig und/oder	<input type="checkbox"/>	Nachteilig für die Stadt Leipzig.
<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	Zustimmung	<input type="checkbox"/>	Ablehnung
<input type="checkbox"/>	Zustimmung mit Ergänzung	<input type="checkbox"/>	Sachverhalt bereits berücksichtigt
<input checked="" type="checkbox"/>	Alternativvorschlag	<input type="checkbox"/>	Sachstandsbericht

## Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Entwurf einer Transparenzsetzung gemäß § 4 Abs. 2 Sächsisches Transparenzgesetz zu erarbeiten und der Ratsversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

## Räumlicher Bezug

Stadt Leipzig

## Zusammenfassung

Anlass der Vorlage:

<input type="checkbox"/>	Rechtliche Vorschriften	<input type="checkbox"/>	Stadtratsbeschluss	<input type="checkbox"/>	Verwaltungshandeln
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstiges: Antrag-Nr. VII-A-08308 der Fraktion Freibeuter				

Mit Beschlusspunkt 1. Satz 2 des Antrags soll der Oberbürgermeister beauftragt werden, der Ratsversammlung bis zum 30.09.2023 eine Transparenzsetzung zur Beschlussfassung vorzulegen. Zudem sollen mit dem Beschlusspunkt 1. Satz 1 und den weiteren

Beschlusspunkten 2. bis 4. einfache Beschlüsse der Ratsversammlung zur inhaltlichen Ausgestaltung des Transparenzanspruchs sowie der Transparenzsatzung und zum späteren Vollzug des Sächsischen Transparenzgesetzes getroffen werden.

## Finanzielle Auswirkungen

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	wenn ja,
Kostengünstigere Alternativen geprüft	<input type="checkbox"/>	nein	ja, Ergebnis siehe Anlage zur Begründung
Folgen bei Ablehnung	<input type="checkbox"/>	nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung
Handelt es sich um eine Investition (damit aktivierungspflichtig)?	<input type="checkbox"/>	nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung

Im Haushalt wirksam	von	bis	Höhe in EUR	wo veranschlagt
Ergebnishaushalt				Erträge
				Aufwendungen
Finanzhaushalt				Einzahlungen
				Auszahlungen
Entstehen Folgekosten oder Einsparungen?	<input type="checkbox"/>	nein		wenn ja, nachfolgend angegeben

Folgekosten Einsparungen wirksam	von	bis	Höhe in EUR/Jahr	wo veranschlagt
Zu Lasten anderer OE				Ergeb. HH Erträge
				Ergeb. HH Aufwand
Nach Durchführung der Maßnahme zu erwarten				Ergeb. HH Erträge
				Ergeb. HH Aufwand (ohne Abschreibungen)
				Ergeb. HH Aufwand aus jährl. Abschreibungen

<b>Steuerrechtliche Prüfung</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	wenn ja
Unternehmerische Tätigkeit i.S.d. §§ 2 Abs. 1 und 2B UStG	<input type="checkbox"/>	nein	ja, Erläuterung siehe Punkt 4 des Sachverhalts
Umsatzsteuerpflicht der Leistung	<input type="checkbox"/>	nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung
Bei Verträgen: Umsatzsteuerklausel aufgenommen	<input type="checkbox"/>	ja	nein, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung

<b>Auswirkungen auf den Stellenplan</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	wenn ja, nachfolgend angegeben
Beantragte Stellenerweiterung:			Vorgesehener Stellenabbau:

## Ziele

### Hintergrund zum Beschlussvorschlag:

### Welche strategischen Ziele werden mit der Maßnahme unterstützt?

## 2030 – Leipzig wächst nachhaltig!

### Ziele und Handlungsschwerpunkte

#### Leipzig setzt auf Lebensqualität

- Balance zwischen Verdichtung und Freiraum
- Qualität im öffentlichen Raum und in der Baukultur
- Nachhaltige Mobilität
- Vorsorgende Klima- und



#### Leipzig besteht im Wettbewerb

- Positive Rahmenbedingungen für qualifizierte Arbeitsplätze
- Attraktives Umfeld für Innovation, Gründer und Fachkräfte
- Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur
- Vorsorgendes Flächen- und

Energiestrategie

- Erhalt und Verbesserung der Umweltqualität
- Quartiersnahe Kultur-, Sport- und Freiraum-angebote

Liegenschafts-management

- Leistungsfähige technische Infrastruktur
- Vernetzung von Bildung, Forschung und Wirtschaft

**Leipzig schafft soziale Stabilität**

- Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt
- Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung
- Bezahlbares Wohnen
- Zukunftsorientierte Kita- und Schulangebote
- Lebenslanges Lernen
- Sichere Stadt

**Wirkung auf Akteure**

- Bürgerstadt
- Region
- Stadtrat
- Kommunalwirtschaft
- Verwaltung

**Leipzig stärkt seine Internationalität**

- Weltoffene Stadt
- Vielfältige, lebendige Kultur- und Sportlandschaft
- Interdisziplinäre Wissenschaft und exzellente Forschung
- Attraktiver Tagungs- und Tourismusstandort
- Imageprägende Großveranstaltungen
- Globales Denken, lokal verantwortliches Handeln

**Sonstige Ziele**

Bei Bedarf überschreiben (max. 50 ZML)

**Trifft nicht zu**

## Klimawirkung

Klimawirkung durch den Beschluss der Vorlage						
<b>Stufe 1: Grobe Einordnung zur Klimawirkung (Klimaschutzes und zur –wandelanpassung)</b>						
Eingesetzte Energieträger (Strom, Wärme, Brennstoff)	<input checked="" type="checkbox"/>	keine / Aussage nicht möglich	<input type="checkbox"/>	erneuerbar	<input type="checkbox"/>	fossil
Reduziert bestehenden Energie-/Ressourcenverbrauch	<input type="checkbox"/>	Aussage nicht möglich	<input type="checkbox"/>	ja	<input checked="" type="checkbox"/>	nein
Speichert CO2-Emissionen (u.a. Baumpflanzungen)	<input type="checkbox"/>	Aussage nicht möglich	<input type="checkbox"/>	ja	<input checked="" type="checkbox"/>	nein
Mindert die Auswirkungen des Klimawandels (u. a. Entsiegelung, Regenwassermanagement)	<input type="checkbox"/>	Aussage nicht möglich	<input type="checkbox"/>	ja	<input checked="" type="checkbox"/>	nein
Abschätzbare Klimawirkung mit erheblicher Relevanz	<input type="checkbox"/>	ja, da Beschlussgremium RV, GVA, oder VA <u>und</u> mind. 5 Jahre Betriebs- und Nutzungsdauer			<input type="checkbox"/>	nein
Vorlage hat keine abschätzbare Klimawirkung	<input checked="" type="checkbox"/>	ja ( <u>Prüfschema endet hier.</u> )				
<b>Stufe 2: Die Vorlage berücksichtigt die zentralen energie- und klimapolitischen Beschlüsse (s. leipzig.de)</b>						
<input type="checkbox"/>	ja	<input type="checkbox"/>	nein ( <u>Begründung s. Abwägungsprozess</u> )	<input type="checkbox"/>	nicht berührt ( <u>Prüfschema endet hier.</u> )	
<b>Stufe 3: Detaillierte Darstellung zur abschätzbaren Klimawirkung nur bei <u>erheblicher Relevanz</u></b>						
<input type="checkbox"/>	Berechnete THG-Emissionen (in t bzw. t./a): _____					
<input type="checkbox"/>	liegt vor: s. Anlage/Kapitel der Vorlage: _____					

	<input type="checkbox"/>	wird vorgelegt mit: _____ (z. B. Planungsbeschluss, Baubeschluss, Billigungs- und Auslegungsbeschluss)

## Sachverhalt

### Beschreibung des Abwägungsprozesses:

Innerhalb der Stadtverwaltung sind keine unterschiedlichen fachlichen Beurteilungen aufgetreten.

#### I. Eilbedürftigkeitsbegründung

entfällt

#### II. Begründung Nichtöffentlichkeit

entfällt

#### III. Strategische Ziele

entfällt

#### IV. Sachverhalt

Die Stadtverwaltung begrüßt grundsätzlich das Ansinnen des Antrags, unterbreitet jedoch aus nachgenannten Gründen einen Alternativvorschlag.

#### 1. Beschlusspunkt zu 1. Satz 1 sowie Beschlusspunkte zu 2.-4.

Mit der Informationsvorlage - VII-A-06205-NF-03-Ifo-01 - wurde die Ratsversammlung über das Inkrafttreten des Sächsischen Transparenzgesetzes, die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten eines weiterreichenden städtischen Informationszugangs und die hierzu erforderlichen Umsetzungsschritte informiert.

Danach gilt das Sächsische Transparenzgesetz für die Stadt Leipzig nur dann, wenn die Ratsversammlung aufgrund der Ermächtigung in § 4 Abs. 2 SächsTranspG im Wege einer Transparenzsetzung beschließt, transparenzpflichtige Stelle im Sinne des Sächsischen Transparenzgesetzes zu sein.

##### 1.1) Formelles Satzungserfordernis

Dabei gibt das Gesetz zunächst vor, dass die Ratsversammlung ihre Entscheidung formell durch eine Satzung und nicht lediglich durch einfachen Beschluss fasst.

##### 1.2) Materieller Gestaltungsspielraum

Mit der Informationsvorlage - VII-A-06205-NF-03-Ifo-01 - wurde die Ratsversammlung darüber unterrichtet, dass die Stadt nach § 4 Abs. 2 SächsTranspG nur über einen eingeschränkten Gestaltungsspielraum zur Umsetzung des Sächsischen Transparenzgesetzes verfügt. Nach überwiegender Auffassung kann die Stadt materiell darüber entscheiden, ob und welchem städtischen Umfang sie sich den Regelungen des Sächsischen Transparenzgesetzes unterwirft, aber diese Regelungen nicht im Wege der

Satzung abwandeln.

Der Beschlusspunkt 2. Satz 2 des Antrags wäre daher rechtswidrig. Sofern die Ratsversammlung die Anwendung des Sächsisches Transparenzgesetzes im Wege einer Transparenzsatzung beschließt, ergibt sich "automatisch" aus § 8 SächsTranspG, welche Informationen von der Stadt Leipzig auf der Sächsischen Transparenzplattform zu veröffentlichen sind. Die Veröffentlichung von Unterlagen auf der Sächsischen Transparenzplattform ist alsdann bloßer Gesetzesvollzug und fällt nicht mehr in die Zuständigkeit der Ratsversammlung, sondern in die Zuständigkeit der Stadtverwaltung.

Auch der Beschlusspunkt 4. Des Antrags wäre rechtswidrig. Gemäß § 1 Abs. 1 SächsTranspG ist der Transparenzanspruch ein "Jedermannsrecht": "Jede Person hat gegen die transparenzpflichtigen Stellen einen Anspruch auf ...". Die Stadt ist entsprechend dem durch § 4 Abs. 2 SächsTranspG eingeschränkten Gestaltungspielraum nicht berechtigt, den Kreis der Anspruchsberechtigten per Satzung für sich einzuschränken, sondern nur darüber zu beschließen, ob und inwieweit sie "transparenzpflichtige Stelle" ist.

## **2. Zustimmung zum Beschlusspunkt 1. Satz 2 und Alternativvorschlag**

Die Stadtverwaltung stimmt dem mit dem Antrag verfolgten Anliegen zu und unterbreitet mit dem Alternativvorschlag einen sachdienlich gefassten Beschlussantrag.

Die Verwaltung wird den Stadtrat nach dem Satzungsbeschluss im weiteren Vorbereitungsprozess über die zu veröffentlichen Dokumente informieren.

Anlage/n

Keine